

Venezuela: Amnesty International fordert von der kolumbianischen Generalstaatsanwaltschaft Fortschritte bei den Ermittlungen zu dem Anschlag auf venezolanische Aktivisten.

Dienstag, den 13. Oktober 2026

Von Daniela Damano

Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger dürfen nicht ungestraft bleiben. Die Gewährleistung von Gerechtigkeit ist in diesem Fall unerlässlich, um ein deutliches Signal zu senden: Der Einsatz für Menschenleben und Menschenwürde darf nirgendwo auf der Welt das eigene Leben kosten.



In einem Schreiben vom 13. Oktober an die Generalstaatsanwältin Luz Adriana Camargo äußert Amnesty International tiefe Besorgnis über das Ausbleiben von Fortschritten sowie der Straflosigkeit im Strafverfahren zum Anschlag auf die venezolanischen Aktivisten Yendri Velásquez und Luis Peche, der sich vor genau einem Jahr im Norden Bogotás ereignete.

Am 13. Oktober 2025 überlebten Velásquez und Peche einen Angriff durch bewaffnete Männer, die beim Verlassen ihres Wohnhauses aus einem Fahrzeug heraus mehrfach auf sie schossen. Obwohl die Angreifer keinerlei Gegenstände entwendeten und die Behörden bereits wenige Stunden nach dem Vorfall das Fahrzeug sowie die Waffen sicherstellen konnten, haben die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zwölf Monate nach der Tat noch zu keinen entscheidenden Ergebnissen geführt.

Beide Menschenrechtsverteidiger kamen 2024 nach Kolumbien, um Schutz vor politischer Verfolgung in Venezuela zu suchen. Luis Peche sah sich aufgrund seines Einsatzes für bürgerliche und politische Rechte zur Flucht gezwungen, da ihm die unmittelbare Gefahr willkürlicher Inhaftierung und des gewaltsamen Verschwindenlassens drohte. Yendri Velásquez, Gründer des „Observatorio Venezolano de Violencias LGBTIQ+“ (Venezolanische Beobachtungsstelle für Gewalt gegen LGBTIQ+-Personen) und Mitglied von Amnesty International Venezuela, wurde seinerseits Opfer willkürlicher Inhaftierung und Folter; zudem

ließen Vertreter des venezolanischen Staates seinen Reisepass für ungültig erklären, als er im Begriff war, an einer UN-Sitzung in Genf teilzunehmen.

Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger dürfen nicht ungestraft bleiben. Die Gewährleistung von Gerechtigkeit ist in diesem Fall unerlässlich, um ein deutliches Signal zu setzen: Der Einsatz für Menschenleben und Menschenwürde darf nirgendwo auf der Welt das eigene Leben kosten.

Amnesty International kritisiert, dass die Generalstaatsanwaltschaft die Ermittlungen nicht unter dem Gesichtspunkt führt, dass die Opfer als Menschenrechtsverteidiger tätig waren; Zudem wird eine mögliche Verwicklung internationaler Akteure in den Angriff nicht in Betracht gezogen. Diese institutionelle Untätigkeit hat eine neue Fluchtwelle unter venezolanischen Aktivist*innen ausgelöst, die in Kolumbien Zuflucht und Arbeit gefunden hatten.

Die globale Bewegung fordert die Behörde dazu auf, umgehend die notwendigen Mittel für eine gründliche, wirksame und unabhängige Untersuchung bereitzustellen, um sowohl die unmittelbaren Täter als auch die Hintermänner des Anschlags zu identifizieren und zur Rechenschaft zu ziehen.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Kogruppe – verbindlich ist das Original:
<https://www.amnistia.org/ve/noticias/2026/10/30594/fiscalia-de-colombia-debe-avanzar-en-la-investigacion-del-atentado-contra-act>